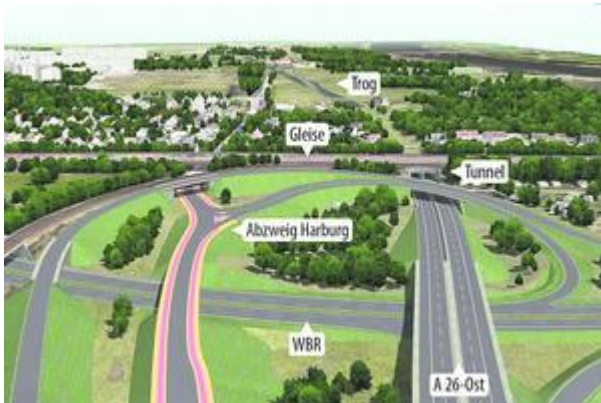


Was bringt die A26-Ost?

„Engagierte Wilhelmsburger“ protestieren gegen die geplante Autobahn



Die geplante neue Anschlussstelle HH-Wilhelmsburg-Süd mit Blick Richtung Osten. Foto: deges

An der geplanten Autobahn A26-Ost, besser bekannt als Hafenuerspange, scheiden sich die Geister. Während Wirtschaft und Senat jubeln, gibt's in Wilhelmsburg auch Protest. Am Montag trafen sich Mitglieder der Gruppe „Engagierte Wilhelmsburger“ zur Aktion „Stoppt A26-Ost“ auf dem Gertrud-von-Thaden-Platz vor der Umweltbehörde.

Worum geht's? Hamburg soll eine weitere Autobahn bekommen: die A26-Ost. Die gut neun Kilometer lange Strecke soll eine Verbindung zwischen A1 (Höhe Hohe Schaar) und A7 (Moorburg) schaffen. Im Entwurf des neuen

Bundesverkehrswegeplans ist das 900-Millionen-Euro-Projekt im „vordringlichen Bedarf“, der höchsten Kategorie, aufgeführt. Jetzt kann das Genehmigungsverfahren starten.

Was erhoffen sich die Planer? Der Verkehr in den Hafen soll über die neue Autobahn laufen. Die Planer erhoffen sich dadurch spürbare Entlastungen — dafür Köhlbrandbrücke, für die Hamburger Innenstadt sowie für die B73 im Hamburger Süden. Auch der Verkehr durch den Harburger Binnenhafen würde reduziert.

Wie sieht der genaue Trassenverlauf aus? In Wilhelmsburg soll die Trasse parallel zur vorhandenen Straße Kornweide im Tunnel und weiter in einem Trog führen. Wohn- und Naherholungsgebiete wären betroffen.

Was kritisieren die Wilhelmsburger A26-Ost Gegner? „Wir brauchen die Hafenuerspange nicht, weil sie keine Verkehrsprobleme löst, weder in Hamburg, noch im Hafen oder Wilhelmsburg und auch nicht überregional“, heißt es in einer Mitteilung. „Die geplante A26-Ost ist extrem schädlich, weil sie mehr Natur und Naturschutzgebiete zerstört als alle bisherigen Planungen zusammen. Die Kosten von etwa einer Milliarde Euro machen die A26-Ost zum teuersten aller vergleichbaren Vorhaben. Wer Wilhelmsburg jetzt zur Autobahnfläche macht, verbaut die Stadtentwicklung von morgen.“

Gibt's weitere Kritik? Ja, vom Nabu Hamburg. „Es kann nicht angehen, dass die Interessen des Naturhaushaltes und der Steuerzahler derart massiv den Hafeninteressen untergeordnet werden“, kritisiert Alexander Porschke (Vorsitzender Nabu Hamburg).